

Beschluss

Seenotrettung jetzt!

Europa ist in diesen Tagen in eine existenzielle Krise geraten. Durch eigenes Verschulden steht Europa als demokratischer, solidarischer und der Humanität verpflichteter Kontinent in Frage. Es sind nicht Hunderte oder Tausende, es sind inzwischen mindestens 23.000 Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tode gekommen. Es sind Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa kommen, aus Syrien, aus dem Irak, Eritrea, Afghanistan und vielen weiteren Staaten. Es waren Flüchtlinge. Jetzt sind es die Toten der Europäischen Union. Abschottung war wichtiger als Menschlichkeit. Die deutsche Position, den Schleppern durch ausbleibende Seenotrettung das Handwerk zu erschweren, haben diese Menschen mit ihrem Leben bezahlt. Weil die Europäische Union nicht bereit war, einen zweistelligen Millionenbetrag bereit zu stellen und für sichere Wege in die Europäische Union zu sorgen, starben Männer, Frauen und viele Kinder. Heute kann niemand sagen, man wusste ja nicht, was passieren würde. Nicht nur wir GRÜNE, auch viele NGOs, Hilfsorganisationen, die beiden großen Kirchen, viele Experten, aber auch Verantwortliche vor Ort in Sizilien und Süditalien, Griechenland und Malta haben voraus gesagt und gewarnt, dass ohne Seenotrettung genau dieses massenhafte Sterben passieren würde. Deutschland und andere Mitgliedstaaten können sich ihrer Verantwortung nicht einfach entledigen. Im Gegenteil: Durch die massive technische Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX registrieren die europäischen Grenzschutzbehörden ganz genau, welche menschlichen Tragödien sich an den Außengrenzen abspielen. Europa nimmt dies durch immer mehr Abschottung, unterlassene Hilfeleistung und bewusstes Wegschauen billigend in Kauf und ist somit zu einem großen Teil mitverantwortlich für den qualvollen Tod tausender Menschen.

Die auf dem EU-Gipfel vom 23. April 2015 gefassten Beschlüsse reichen nicht aus, um den Flüchtlingen zu helfen. Die Staats- und RegierungschefInnen haben sich auf ein Programm geeinigt, das Flüchtlinge weiterhin unter allen Umständen von der Flucht abhalten soll. Mit der Beibehaltung von Triton ist eben kein neues Seenotrettungsprogramm nach dem Vorbild von Mare Nostrum aufgelegt worden. Dass die EU an dem gescheiterten Programm Triton festhält, ist bezeichnend. Triton ist ein Grenzsicherungsprogramm. Die Aufstockung der Mittel rettet zu wenige, weil der Aktionsradius des Programms bewusst nicht ausgeweitet wurde. Ein Grenzsicherungsprogramm ist kein Seenotrettungsprogramm. Die Schwerpunktsetzung der Ratsbeschlüsse liegt nicht auf der Rettung von Menschenleben, sondern auf der Bekämpfung von Schleppern. Die Logik, Schlepperboote als quasi militärische Ziele zu bekämpfen, zwingt die Flüchtlinge auf noch unsichere Seefahrzeuge auszuweichen. Eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht versucht die EU nur ansatzweise. Ein Resettlement-Programm für 5.000 Menschen ist angesichts von bis zu einer Millionen wartender Flüchtlinge schlicht zu wenig.

Wir Grünen verlangen die Anstrengungen der EU deutlich zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten müssen sich an dem Seenotrettungsprogramm mit einer ausreichenden Zahl von Schiffen und

anderem Equipment beteiligen. Das Programm ist zeitlich unbefristet einzurichten und auskömmlich zu finanzieren, es ist ein Primat der Seenotrettung und Nothilfe vor der Strafverfolgung zu betreiben, den Aktionsradius des Programms auf die Küsten Libyens auszuweiten und für sichere Wege z.B. in Form der Einführung eines humanitären Visums zu sorgen. Fluchtursachen müssen langfristig zu bekämpft werden. Eine Aufrüstung von Frontex, wie sie die Europäischen Staats- und Regierungschefs beim europäischen Migrationsgipfel am Donnerstag beschlossen haben, ist kein Ersatz für ein humanitäres Seenotrettungsprogramm.

Europa und Deutschland haben die Pflicht, die humanitäre Katastrophe abzuwenden, die derzeit täglich auf dem Mittelmeer stattfindet. Die steigende Zahl von Flüchtlingen hat trotz absolut berechtigter Asylgründe keine realistische Chance, europäisches Territorium überhaupt zu erreichen. Europa schirmt seine Landgrenzen weiterhin systematisch ab und blendet damit Krieg und Vertreibung an seinen Rändern aus. Flüchtlingen bleibt als einzig verbliebene Chance nur die hoch gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Im Rahmen der von der italienischen Marine organisierten Rettungsaktion von Mare Nostrum wurden vom Beginn der Aktion im Herbst 2013 bis zu deren Ende im Herbst vergangenen Jahres nach unabhängigen Schätzungen bis zu 150.000 Menschen gerettet.

Nach nur einem Jahr seines Bestehens wurde auch auf Betreiben der Bundesregierung Mare Nostrum nicht verlängert. Die EU-Mission Triton zielte von Anfang an nicht auf die Rettung von Schiffbrüchigen, sondern beschränkte sich auf Beobachtung und Abschirmung der Grenzen. Deutschland und auch andere europäische Partner haben sich damals mit dem Argument, es dürfe kein Anreiz für das Schleusertum gesetzt werden, gegen eine Verlängerung des lebensrettenden Programms eingesetzt. Gleichzeitig wurden keine alternativen und sicheren Fluchtkorridore nach Europa geschaffen, damit Flüchtlinge ihr in Artikel 18 der Europäischen Grundrechtscharta verbrieftes Recht auf Asyl überhaupt wahrnehmen können. Ohne sichere und legale Fluchtwege bleibt den Schutzsuchenden aber nichts anderes als der gefährliche Weg über das Mittelmeer. Wir GRÜNE fordern, dass EU und Mitgliedsstaaten endlich legale Wege für Flüchtlinge in die EU eröffnen. Dazu gehört, dass die Mitgliedsstaaten sich viel stärker als bisher am Resettlementprogramm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, UNHCR, beteiligen müssen. Bisher wurden in der gesamten EU nur 37.000 syrische Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syriens über das Resettlementprogramm aufgenommen, obwohl das UNHCR nach mindestens 130.000 Plätzen sucht. Ein Drittel der europäischen Mitgliedsstaaten hat sich überhaupt nicht beteiligt. Das muss sich ändern. Zudem müssen Mitgliedsstaaten die vorhandenen Möglichkeiten zur Erteilung für humanitäre Visa nutzen. Die Bundesregierung muss sich bei den laufenden Verhandlungen zum europäischen Visakodex dafür einsetzen, dass es in der EU starke, gemeinsame Regeln für humanitäre Visa gibt, statt sie zu blockieren. Für Syrerinnen und Syrer muss die Visumpflicht aufgehoben werden. Wir fordern darüber hinaus die Aktivierung der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz.

Nichts davon findet sich im Beschluss der Staats- und RegierungschefInnen zur europäischen Migrationspolitik. Zwar sollen mehr Schiffe ins Mittelmeer geschickt werden, jedoch nur im Rahmen der Frontex-Grenzschutzmission Triton und ohne dass das Einsatzgebiet ausgeweitet wird. Triton wird auch weiterhin nur vor der italienischen Küste patrouillieren. Die meisten Flüchtlinge geraten aber vor der libyschen Küste in Seenot. Wir befürchten, dass es deshalb zu weiteren Katastrophen kommen wird. Zudem hat der Gipfel ein beispielloses Abschottungsprogramm beschlossen. Schlepperboote sollen mit militärischen Mitteln noch vor dem Ablegen zerstört werden. Die Bundesregierung hat ihre Beteiligung an der ins Auge gefassten Militäraktion schon zugesagt. Durch Zusammenarbeit selbst mit Krisenstaaten wie Mali und Sudan wollen die Mitgliedsstaaten außerdem verhindern, dass sich Flüchtlinge überhaupt auf den Weg an die

nordafrikanischen Küsten machen. Sie wollen in Afrika eine vorgelagerte Mauer um die Festung Europa ziehen.

Die katastrophalen Folgen dieser Abschottungspolitik für Leib und Leben der Flüchtlinge waren absehbar und wurden wissentlich und willentlich in Kauf genommen. Es war klar, dass Menschen, die ohne Hoffnung und materielle Grundausstattung am Rande Europas gestrandet sind, sich mangels Rückkehrmöglichkeiten sehenden Auges der konkreten Gefahr des Ertrinkens aussetzen würden. Das Auslaufen von Mare Nostrum war der Versuch, die Schleuserkriminalität auf Kosten des Lebens Unschuldiger zu bekämpfen. Diese Politik des Wegsehens hat Europa an einen Scheidepunkt gebracht. Humanität zählt zu den Grundwerten des Europäischen Projekts und die Rettung Schiffbrüchiger ist solidarische Pflicht seit Jahrhunderten. Europa muss das Konzept der Abschottung sofort gegen ein effektives Instrument der Seenotrettung ablösen und endlich legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge schaffen.